

EUROPÄISCHES PARLAMENT



Sahra Wagenknecht

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Brüssel, den 14. Juli 2005

Dienstleistungsrichtlinie

Sehr geehrte Damen und Herren,

da Ihre Organisation sich mehrfach kritisch zur Dienstleistungsrichtlinie geäußert hat, möchte ich mich als Berichterstatterin des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament zur Richtlinie heute an Sie wenden und Sie über aktuelle Entwicklungen im Parlament informieren, die ich für sehr problematisch halte.

In den letzten Monaten wurde öffentlich der Eindruck vermittelt, dass die Dienstleistungsrichtlinie grundlegend überarbeitet werde und damit diejenigen Aspekte, die zu Recht am stärksten im Lichte der Kritik stehen wie das Herkunftslandprinzip und die Auswirkungen der Richtlinie auf die öffentliche Daseinsvorsorge, vom Tisch seien. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen: Die Richtlinie wurde nicht zur Überarbeitung zurückgezogen und der laufende Entscheidungsprozess wurde nicht unterbrochen. Grundlage der Beratungen im Europäischen Parlament ist demnach weiterhin der ursprünglich vorgelegte Richtlinienentwurf der Kommission.

Die entscheidende Phase des Verfahrens im Europäischen Parlament wird aller Voraussicht nach im September beginnen. ECON, der Wirtschafts- und Währungsausschuss, ist einer der mitwirkenden Ausschüsse an diesem Entscheidungsprozess. Er wird nach der derzeitigen Planung am 6. September über seine Stellungnahme zur Dienstleistungsrichtlinie abstimmen. Eine Woche später wird der Hauptausschuss Binnenmarkt abstimmen. Im Plenum soll dann voraussichtlich im Oktober abschließend entschieden werden.

In die Kompetenzen des Wirtschaftsausschusses fallen die Bereiche der Dienste der Daseinsvorsorge, Steuern und die Kleinen und Mittleren Unternehmen. Da eine Anwendung des Herkunftslandprinzips gravierende Auswirkungen gerade für diese Bereiche hätte, kommt der Positionierung des Wirtschaftsausschusses hier große Bedeutung zu. Ein zentraler Punkt bei der Ausarbeitung meines Entwurfs für eine Stellungnahme des ECON war deshalb die Herausnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie.

Europäisches Parlament

ASP 06 F 258, Rue Wiertz, B-1047 Bruxelles, Tel. +32-2-28 45619, Fax +32-2-28 49619

LOW T 05020, F-67070 Strasbourg Cedex, Tel. +33-3881-75619, Fax +33-3881-79619

email: swagenknecht@europarl.eu.int

www.sahrawagenknecht.de

Zu dem von mir vorgelegten Vorschlag für eine Stellungnahme wurden seitens der anderen Fraktionen eine Reihe von Änderungsvorschlägen eingereicht. Auf der Basis dieser und meiner eigenen Änderungsanträge habe ich Kompromissvorschläge ausgearbeitet, die weitgehend von der PES und den Grünen mitgetragen worden wären. Bei dem gestern angesetzten Termin zu Kompromissverhandlungen wurde uns nun allerdings von der Schattenberichterstatterin der Europäischen Volkspartei, Frau Piia-Noora Kauppi, mitgeteilt, dass ihre Fraktion sich mit den Liberalen darauf verständigt habe, keinerlei Kompromisse zu verhandeln. Relevant für sie seien einzig die Kompromisse, die EVP und Liberale zuvor separat ausgehandelt hätten und die sie planten, mit ihrer Mehrheit im Wirtschaftsausschuss durchzustimmen.

In diesem Zusammenhang wurde von Frau Kauppi ebenfalls angekündigt, dass die EVP von ihr selbst eingebrachte Anträge, die sich auf eine partielle Ausklammerung von Diensten der Daseinsvorsorge beziehen und die ich als Grundlage für meine Kompromissvorschläge genutzt habe, zurückziehen werde. Frau Kauppi erklärte, dass diese Strategie der Nicht-Verhandlungsbereitschaft über Kompromisse dazu dienen solle, den Druck auf den Hauptausschuss Binnenmarkt zu verstärken und damit ein Gegengewicht zu den in anderen mitberatenden Ausschüssen erzielten differenzierten Kompromissen darzustellen.

Ich halte diese Entwicklung für außerordentlich alarmierend. Ich teile die Sorgen und Bedenken, die auch Sie im Hinblick auf die Dienstleistungsrichtlinie formuliert haben und halte es deshalb für fatal, wenn die von Frau Kauppi vertretene Position, dass jede Änderung des Kommissionsvorschlages de facto eine Verschlechterung bedeute, eine Mehrheit im Parlament fände. Diese Gefahr ist durchaus gegeben, da zumindest Teile der Konservativen und Liberalen nun auf einen harten Konfrontationskurs setzen, um auch die ausgesprochen umstrittenen Aspekte der Dienstleistungsrichtlinie ohne Änderungen durchzusetzen.

Über diese Entwicklungen im Parlament wollte ich Sie informieren und gleichzeitig folgende Bitte äußern: Da der von Frau Kauppi vertretene Kurs auch in den Reihen der Konservativen und Liberalen nicht allgemeiner Konsens ist, möchte ich Sie bitten, Ihren Einfluss bei den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen geltend zu machen und Ihre Sorge über die geplante Richtlinie erneut zu artikulieren. In der Bundesrepublik Deutschland haben beispielsweise verschiedentlich auch Vertreter der CDU und CSU öffentlich Kritik am Herkunftslandprinzip geäußert, im Europäischen Parlament jedoch wird, zumindest seitens der in meinem Ausschuss vertretenen CDU-Abgeordneten, vor allem die Hardliner-Position Frau Kauppis unterstützt. Meines Erachtens ist Druck von außen das, was zum jetzigen Zeitpunkt die größte Chance hat, die Entwicklungen im Parlament noch positiv zu beeinflussen, damit sich die berechtigte Kritik an der Dienstleistungsrichtlinie im Parlamentsbeschluss widerspiegelt.

Ich danke Ihnen herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Sahra Wagenknecht